

Marcus Klöckner (Hg.)

Patrik Baab

Daniele Ganser

Ulrike Guérot

**UMSTRITTEN**

Stefan Heimburg

Michael Meyen

Ein

journalistisches

Gütesiegel

FIFTYALF

**FIFTYALFIF**



**MARCUS KLÖCKNER (Hg)**

# **UMSTRITTEN**

**FIFTY/111**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN: 978-3-946778-47-9

1. Auflage 2024

© FiftyFifty Verlag GmbH, Neu-Isenburg 2024

Umschlaggestaltung: Johannes Bröckers

Satz: Publikations Atelier, Weiterstadt

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

*Konzipiert und finalisiert  
in Casa Anna*



# Inhalt

Einleitung	9
<b>Stefan Homburg</b> – »umstritten«, weil er Coronastatistiken hinterfragt hat – von Patrick Reitler	19
<b>Daniele Ganser</b> – »umstritten«, weil er ein unbequemer Historiker ist – von Tobias Riegel	32
<b>Patrik Baab</b> – »umstritten«, weil er Journalismus wagt – von Roberto J. De Lapuente	42
<b>Michael Meyen</b> – »umstritten«, weil er als Professor Mainstreammedien kritisiert – von Ole Skambraks	53
<b>Ulrike Guérot</b> – »doppelt umstritten«, weil sie mit allen redet – von Jan David Zimmermann	70
<b>Dr. Friedrich Pürner</b> – »höchst umstritten«, weil er sagte, was er denkt – von Anke Behrend	80
<b>Albrecht Müller</b> – »umstritten«, weil er hinterfragt und selbst denkt – von Marcus Klöckner	87
Analyse ZDF-Sendung: <b>Lanz</b> : »Frau Guérot. Genau das hilft heute nicht weiter. Nein, nein, nein.« – von Marcus Klöckner	108
Danksagung	179
Anmerkungen	180





# Einleitung

Wer es wagt, in diesem Land eine eigene Meinung zu haben, gilt schnell als »umstritten«.

»Umstritten«<sup>1</sup> – das ist ein Begriff, auf den Medien, die immer wieder einen Zombie- und Weltbildjournalismus<sup>2</sup> praktizieren, gerne zugreifen. Hat sich eine mehr oder weniger bekannte Persönlichkeit herausgenommen, eine Ansicht zu vertreten, die einen halben Millimeter von den Wahrheiten der großen Medien abweicht, sind Journalisten schnell mit dem Begriff »umstritten« zur Hand. Gerade im Nachrichtenjournalismus ist der Begriff »umstritten« als stark wertendes Adjektiv in vielen Fällen unangebracht. Eine Berichterstattung, die sich einem hohen Maß an Objektivität verpflichtet fühlt, schildert unaufgeregt Sachverhalte und Vorgänge. Ob Mediennutzer eine Person, um die es in der Berichterstattung geht, als »umstritten« betrachten oder nicht, soll ihnen selbst überlassen bleiben. Doch innerhalb einer weltanschaulich kontaminierten »Berichterstattung« verkommt der Begriff »umstritten« zur Waffe, die gegen unliebsame Meinungsabweichler eingesetzt wird.

Wie oft ist etwa in Medien von der *umstrittenen* Linke-Politikerin Sahra Wagenknecht zu lesen? Wohl die meisten Bürger in Deutschland wissen, wer Wagenknecht ist. Dass sie von einigen heftig kritisiert und von anderen bewundert wird, ist kein Geheimnis. Wenn ihr zum X-ten Mal der Begriff »umstritten« angeklebt wird, dann hat das einen Grund: Einige Journalisten wollen Stimmung machen. Sie wollen Wagenknecht negativ rahmen.

Ist etwa Olaf Scholz nicht umstritten? Alleine schon, wenn man an Cum-Ex denkt. Müsste nicht konsequenterweise in jedem Medienbericht stehen: der »umstrittene« Kanzler? Ist Baerbock nicht umstritten? Müsste nicht in jedem Beitrag stehen: *die umstrittene Außenministerin*? Welcher Politiker ist schon nicht umstritten? Wenn der Begriff aber einseitig verwendet wird und Journalisten ihn tendenziell nur Personen anheften, deren Interventionen im öffentlichen Meinungskampf in die »falsche« politische Richtung gehen, dann ist klar, woher der Wind weht.

Ulrike Guérot?

Sie sagte zur falschen Zeit und an der falschen Stelle: »Frieden, Freiheit, Grundrechte«, und plötzlich ist die über viele Jahre von großen Medien hochgeschätzte Europaexpertin umstritten.

Michael Meyen?

Ein reputierter Kommunikationswissenschaftler, der noch vor nicht langer Zeit als »Speerspitze der Forschung« betrachtet wurde, kritisierte Medien etwas zu laut und gab KenFM zwei Interviews und plötzlich heißt es auch bei ihm: umstritten!

Albrecht Müller?

Der Herausgeber des Internetmediums NachDenkSeiten, ein Urgestein der SPD, ehemaliger Wahlkampfleiter von Willy Brandt, setzte sich etwas zu sehr für Frieden mit Russland ein und plötzlich gelten auch er und sein Medium als umstritten.

Stefan Homburg?

Ein renommierter Finanzwissenschaftler und Statistikexperte, hat während der Pandemie Corona-Statistiken kritisch hinterfragt. Ergebnis: umstritten!

Patrik Baab?

Ein erfahrener NDR-Journalist, nimmt sich etwas heraus, was heutzutage eine Seltenheit ist: Er betreibt tatsächlich Journalismus. Deshalb ist er zu einer Recherchereise in die Ukraine gefahren. Er hat sich auf beiden Seiten der Front<sup>3</sup> umgeschaut und auch mit dem »Feind« geredet. Resultat: umstritten!

Mit dem Begriff *umstritten* und seiner Verwendung in den Medien als Mittel zur Diskreditierung kritischer Experten habe ich mich zum ersten Mal 2016 in meinem Buch *Sabotierte Wirklichkeit – wenn Journalismus zur Glaubenslehre wird* auseinandergesetzt.<sup>4</sup> Im Vordergrund stand das Prinzip der *Benennungsmacht*.<sup>5</sup> Wenn Journalisten eine Person als *umstritten* bezeichnen, bedienen sie sich dieser Macht. Im Akt der *Benennung*, vollzogen durch die Macht, die Journalisten durch ihre reputierten und reichweitenstarken Medien gewährt bekommen, *benennen* sie nicht nur, sie *erzeugen* auch Wirklichkeit. Wir alle kennen das Prinzip: Eine Person muss nur oft genug mit einer Zuschreibung versehen werden und am Ende ist es wahrscheinlich, dass diese Person gemäß der Zuschreibung auch von anderen so wahrgenommen wird. Sieben Jahre sind seit der Veröffentlichung vergangen. Noch immer hat sich an dieser unsäglichen journalistischen Praxis der Diskursverseuchung durch Journalisten nichts gebessert. Im Gegenteil. Die Schäden an der Demokratie, die durch eine journalistisch in weiten Teilen entkernte Presselandschaft verursacht werden, kommen immer deutlicher zum Vorschein. Medien, die viel zu oft hochgradig manipulativ, hetzerisch und parteiisch agieren, haben maßgeblich zur Schließung des Debattenraums beigetragen, die Gesellschaft gespalten<sup>6</sup> und in ideologischer Komplizenschaft einer für Land und Gesellschaft destruktiven Politik den Weg ebnet. Gelebter Pluralismus, der für jede gesunde Demokratie konstitutiv ist, wird zum Störfaktor bei der Festzementierung von angeblich unumstößlichen Wahrheiten. Demokratieverständnis? Sechs. Setzen.

Außenministerin Annalena Baerbock sagte im September dieses Jahres die folgenden Worte:

»*Deutschland ist eine Demokratie. Punkt. Es gibt bei uns Meinungsfreiheit, alle können immer und überall sagen, was sie wollen. Wer das wie Chrupalla verkennet, hat den Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie nicht verstanden – oder will es einfach nicht.*«<sup>7</sup>

Die Aussage korrespondiert auf erwartbare Weise mit einer Politik, der die Entdifferenzierung der Realität alles andere als fremd ist. Richtig ist: Alle können alles sagen. Aber ansonsten hält die Aussage einer Realitätsprüfung nicht stand. Zu einer Demokratie gehört, dass jeder alles sagen kann. Nicht zu einer Demokratie gehört, dass Persönlichkeiten, die vom Mainstream abweichende Ansichten vertreten, öffentlich niedergemacht, mit Hass und Hetze überzogen werden und dass deren berufliche Existenz in Gefahr gerät.

Den Realitätscheck besteht auch nicht die Aussage, dass alle *überall* alles sagen können. Richtig ist: Ein Bürger kann sich auf eine Parkbank oder an den Stammtisch setzen und sagen, was er denkt (wobei das mit dem Sitzen auf einer Parkbank während der Corona-Zeit ...). Das wird aber kaum jemanden weiter interessieren. Die großen öffentlichen Debattenräume, die für die Demokratie elementar sind und weitestgehend durch die großen Medien bereitgestellt werden, sind zugangsbeschränkt. Zutritt erhält in der Regel, wer die »richtige« Sicht, sprich: das richtige Weltbild, zum Besten gibt. Wie viele Experten saßen rund um den Krieg in der Ukraine bei Illner und Co. und sprachen nicht nur von einem »russischen Angriffskrieg«, sondern auch von einem Stellvertreterkrieg? Wo waren in der Corona-Krise Personen wie Wolfgang Wodarg oder Stefan Homburg? Wie oft durfte Patrik Baab von seinen Erlebnissen auf beiden Seiten der Front im Qualitätsfernsehen berichten? Wann saß das letzte Mal eigentlich der seit einigen Jahren auch als »umstritten« geltende Nahost-Experte Michael Lüders bei Anne Will?<sup>8</sup> Viele kluge, kritische Geister, viele Experten sind nahezu komplett aus dem Debattenraum ausgeschlossen. Für sie gilt jenes »Überall«, das Baerbock meinte, offensichtlich nicht. Dass deutsche Medien ein enormes Problem damit haben, im pluralistischen Sinne Meinungsvielfalt abzubilden, ist altbekannt und bis zum Erbrechen abgebildet, analysiert und ausgewertet worden.<sup>9</sup> Doch was wir seit geraumer Zeit erle-

ben, geht über die Gewaltnahme demokratischer Debattenräume weit hinaus. Vor unseren Augen vollziehen sich Gewaltakte *gegen* Mitbürger, die von ihrem demokratischen Grundrecht der freien Meinungsäußerung Gebrauch machen. Wenn Ulrike Guérot die Coronamaßnahmenpolitik der Regierung kritisiert und die Auffassung vertritt: »Wer schweigt, stimmt zu«<sup>10</sup>, fallen wackere Demokraten wie ein publizistischer Lynchmob über sie her und wollen nur eins: sie aus ihrer Stellung als Professorin vertreiben und mundtot machen.

Wenn normale Menschen auf die Straße gehen und Bedenken gegen eine Impfung anmelden, der sie misstrauen oder vor der sie Angst haben, dann werden sie als »gefährliche Sozialschädlinge«<sup>11</sup> bezeichnet und müssen sich als »ultra-asoziale Volldeppen«<sup>12</sup> beschimpfen lassen. »Möge die gesamte Republik mit dem Finger auf sie zeigen«<sup>13</sup> – so stand es, verfasst von Nikolaus Blome, auf [spiegel.de](http://spiegel.de).

In einer gesunden Demokratie darf, soll und muss bisweilen auch heftig gestritten werden. Das ist beileibe nicht das Problem. Die Zerstörung des Meinungsabweichers gehört aber nicht zu einer Demokratie. Was wir jetzt mit den massiven Angriffen auf Personen erleben, die sich den heiligen »Wahrheiten« von Politik und Medien entgegenstellen, ist erwartbar. Die innere Logik des Kampfes um die Definitionshoheit verlangt dieses Verhalten vonseiten der Wächter des öffentlichen Diskurses. Es geht um viel.

Große gesellschaftliche und politische Weichenstellungen, große Themen: Sie können politisch nur dann durchgesetzt werden, wenn das Monopol auf die »richtige« Sicht nicht torpediert wird.

Im Oktober dieses Jahres äußerten sich der Virologe Christian Drosten und Gesundheitsminister Karl Lauterbach auf eine Weise, die die hier veranschlagte Argumentation untermauert. Lauterbach sprach von einer »Info-Pandemie« und einem regelrechten »Social-Media-Krieg«.<sup>14</sup> Er beklagte, dass »alles, was man

tue, infrage gestellt<sup>15</sup>« werde. Drostén sagte: »Sobald die politische Entscheidungsfindung durch Propaganda und Desinformation verzerrt wird, sind wir verloren.«<sup>16</sup> Der Virologe vertrat die Position, dass nicht jeder Wissenschaftler »mit irgendeinem Abschluss«<sup>17</sup> während eines Pandemiegeschehens reden sollte.

Tja. So hört es sich an, wenn der Meinungskorridor geschlossen werden soll. In den Augen der »legitimen Sprecher« sollen am besten alle Stimmen von »außen« (ein Außen, das sie selbst definieren) ausgeschlossen werden. Schließlich: Gegenstimmen stören.

Diese Position darf man vertreten. Sie passt aber nicht zu einer pluralistisch verfassten Gesellschaft, sondern gehört in eine Diktatur. Die Arroganz, die aus derartigen Auffassungen zum Vorschein kommt, lässt tief blicken. Dahinter, so muss man es sehen, steht wohl auch die Überzeugung, dass die eigene Sicht als »legitimer Experte« die richtige *sein muss*. Fundamentalkritik von »irgendeinem« anderen Wissenschaftler, der nicht die Weihen der offiziellen Politik erfahren hat, kann daher nur falsch sein. Auch hier gilt: Das darf so gesehen werden. Aber diese Sicht geht dann eben an der Realität vorbei.

Geradeaus gesprochen: Alternative Medien, Experten, die vom Mainstream abweichen, sind wie ein Stachel, der die Definitionsmonopolisten der Macht jedes Mal sticht, wenn sie ihre Wirklichkeitsvorstellungen der Gesellschaft überstülpen wollen. Der Kampf um die Definitionshoheit ist ein Kampf um die Durchsetzung einer Politik, die – und das spüren immer mehr Bürger – massiv gegen ihre Interessen gerichtet ist. Der Kampf um die Definitionshoheit ist letztlich eine von politischen und wirtschaftlichen Interessen geprägte Auseinandersetzung. Ziel ist es, Realität so zu verschleiern, dass eine machtelitär geprägte Politik ohne größere Widerstände durchgesetzt werden kann. Journalisten, die dabei die Meinungskorridore auf die Größe einer Zigarettenschachtel zurückgebaut haben, sind angetrieben von ihren

politischen Überzeugungen, die weitestgehend Hand in Hand mit der jeweils vorherrschenden Politik gehen. Die Inzucht zwischen Politik und Journalismus ist längst von jeder Scham befreit.

Dieses Buch richtet sein Augenmerk auf »die Umstrittenen« und unbequeme Denker. Im Fokus stehen ihre Ansichten, ihr Handeln, die Kämpfe, die sie zu bestreiten haben, und die Angriffe gegen sie. Dabei geht es nicht um eine alles umfassende Darstellung, sondern eher um einen holzschnittartigen Überblick auf begrenztem Raum. Im Vordergrund steht beispielhaft in Buchform festzuhalten, was in diesem Land Kritikern der Herrschaftserzählungen angetan wird. Im digitalen Raum können zwar mit etwas Rechercheaufwand die einzelnen Fälle rekonstruiert werden, aber in Zeiten wie diesen schadet es nicht, auch in physischer Form die Übergriffe zu dokumentieren. Jedes Buch, das irgendwo in einem Bücherregal steht, konterkariert eine mögliche Zensur von unbequemen Ereignissen und Wahrheiten in der Zukunft.

Großartige Autoren, denen an dieser Stelle Dank gebührt, haben sich einzelner Fälle angenommen.

Den Auftakt im Buch macht der Journalist Patrick Reiter. Er fokussiert auf Professor Stefan Homburg, der aufgrund seiner Kritik an der Coronapolitik immer wieder angegriffen wird, sich aber nicht unterkriegen lässt: »Als aufgeklärter Bürger lasse ich mir nicht von angeblichen Experten diktieren, wie ich zu denken habe, sondern bilde mir eine eigene Ansicht und verbreite sie.«<sup>18</sup> Herausgekommen ist bei Reitlers Auseinandersetzung ein Text, der sichtbar macht, wie schnell selbst ein hochreputierter Wissenschaftler für eine unbequeme Sicht öffentlich durch den Dreck gezogen wird. NachDenkSeiten-Redakteur Tobias Riegel hat sich den Fall Daniele Ganser vorgenommen. Medien bezeichnen den Historiker und Friedensforscher unaufhörlich seit vielen Jahren als »umstritten«.<sup>19</sup> Kaum hatte er die Terroranschläge vom 11. September auch im Hinblick auf sein Wissen in Sachen Gladio und den Stay-behind-Strukturen der NATO<sup>20</sup> kontrastiert,